

Dekra: German Pellets ist zu laut

Die Ettenheimer Baurechtsbehörde fordert unter Androhung von Zwangsgeld vom Pelletsproduzenten rasche Verbesserungen

Von unserem Redakteur Klaus Fischer



[Geballte Verwaltungsmacht bei der Vorstellung des Dekra-Gutachtens: Julia ...mehr](#)

ETTENHEIM/MAHLBERG. Das Lärmgutachten der Dekra lässt die letzten Zweifler verstummen: German Pellets (GP) ist zu laut. Dekra-Akustiker Jürgen Hermann hat festgestellt, dass GP die in der Baugenehmigung festgelegten Grenzwerte nachts um 3,3 Dezibel und tagsüber um 4,6 Dezibel überschreitet. "Das sind hörbare Überschreitungen", sagte Hermann gestern bei der Vorstellung des Gutachtens in Ettenheim.

Das Gutachten klärt auch, wer nun handeln muss: die Baurechtsbehörde in Ettenheim. Sie hat GP bereits zu einer Stellungnahme aufgefordert und dem Unternehmen eine Frist von zwei Wochen gesetzt. Die Behörde macht auch deutlich: Bis die in der Baugenehmigung vorgegebenen Grenzwerte für Lärm nicht unterschritten sind, wird es keinen weiteren Ausbau der Produktion geben.

Dass der Ton im förmlichen Anhörungsschreiben an GP unmissverständlich ist, erklärte Stadtbaumeisterin Astrid Loquai, Leiterin der unteren Baurechtsbehörde gestern im Bürgersaal vor der Presse. Im am Montag zugestellten Schreiben wird mit einem Zwangsgeld gedroht, sofern die Firma nicht binnen zwei Wochen nachvollziehbare technische Verbesserungen zur Lärminderung vorschlägt. "Das halten wir nach den nun vorliegenden Ergebnissen auch für angemessen. Darüber sind wir uns in der Verwaltung und im Zweckverband einig", kommentierte Ettenheims Bürgermeister Bruno Metz, zugleich auch Vorsitzender des Zweckverbandes DYN A 5. Die Baurechtsbehörde habe damit auch umgehend reagiert, nach dem die Landesanstalt für Umweltschutz Baden-Württemberg das Dekra-Gutachten auf seine Plausibilität hin geprüft hatte, so Metz weiter.



[Geballte Verwaltungsmacht bei der Vorstellung des Dekra-Gutachtens: Julia ...mehr](#)

Die Baubehörde hat es auch müssen, denn das Gutachten macht auch klare Aussagen über die Zuständigkeit der Behörden. "Die Firma hat sich eindeutig nicht an die Vorgaben der Baugenehmigung gehalten. Das ist nun Aufgabe der Baubehörde, dieses zu regeln", erklärte Franz Seiser, Dezernatsleiter Technik und Bau im Landratsamt und auch Chef der Immissionsschutzbehörde. Aus der Verantwortung werde sich seine Behörde dennoch nicht stellen. Die Fachleute im Landratsamt werden in der Bewertung der Vorschläge von German Pellets zur technischen Verbesserung der Anlage ein Wörtchen mitreden, kündigte er an.



[Macht zu viel Lärm: Pelletsproduktion auf DYN A5.](#)

Franz Seiser schränkte indes ein, dass diese Verbesserung nicht von heute auf morgen erreicht werden könnten. "Die Realisierung braucht Zeit. Aber die Behörde wird auch keinen Aufschub mehr dulden. Deshalb halten auch wir ein Zwangsgeld für angemessen", sagte Seiser. Ob die Überschreitung der Richtwerte nun ein Ergebnis fehlenden Lärmschutzes ist oder im Verantwortungsbereich von Zulieferfirmen der technischen Geräte liege, sei nicht relevant. Seiser: "German Pellets steht in der Verantwortung. Sind die Probleme eine Folge von Mängeln an der Technik, dann muss German Pellets seine Schadensersatzansprüche bei den Lieferfirmen geltend machen."

Der Mahlberger Bürgermeister Dietmar Benz sieht sich in seiner Einschätzung bestätigt, dass das Verfahren richtig war, das nach den

Orientierungsmessungen des Landratsamtes bei der Abnahme der Anlage im Frühjahr in Gang gesetzte wurde. Wenn German Pellets Verbesserungen an den Lärmquellen erziele, werde dies auch positive Wirkung auf die Lärmbelastung der Menschen im Umfeld der Firma haben, so seine

Überzeugung. Benz glaubt derzeit auch, dass das Vertrauen in die Firma und die Behörden in dieser Frage in den vergangenen Monaten arg gelitten habe und kündigte gestern vor der Presse an, die Einrichtung einer Dauermessstelle zur Kontrolle der Emissionen von German Pellets am Rande des Firmengeländes zu fordern. Nachzuvollziehen sei, so Benz weiter, die Aussage von Akustiker Jürgen Hermann, dass Immissionsmessungen für das weitere Vorgehen keine rechtlich belastbaren Ergebnisse erbringen könnten, weil zu viele Nebengeräusche von Schiene und Straße eine klare Aussage auf die Lärmquelle nicht zuließen.

In einer ersten Stellungnahme gestern Nachmittag sieht sich die BI Gewerbepark Ettenheim/Mahlberg durch das Gutachten darin bestätigt, dass alle Klagen und Beschwerden der Menschen in Orschweier in den vergangenen Monate zurecht erfolgt seien. Aus dem Gutachten sei ihrer Ansicht nach auch zu folgern, dass das interkommunale Gewerbegebiet als Standort für ein Holzcluster nicht geeignet sei. Ihre Forderung deshalb: Der Ettenheimer Gemeinderat muss entsprechende Planungen aufgeben.